

Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen

Die Digitalisierung ändert alles. Sie stellt den Einzelnen, die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft vor große Herausforderungen. Mehr noch bietet die digitale Transformation aber unermessliche Chancen für nahezu alle Lebensbereiche. Diese Chancen wollen FDP und CDU erkennen und nutzen. Risiken und Sorgen müssen erkannt und ernst genommen werden. Die Koalitionsfraktionen stoßen deswegen eine intensive Debatte mit allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren sowie der Öffentlichkeit hinsichtlich der Chancen der Digitalisierung und ihrer Herausforderungen an. Einen entsprechenden Antrag der Nordrhein-Westfalen-Koalition hat der Landtag jetzt in erster Lesung beraten.

→ [Hafke: Digitalisierung als Chance betrachten](#)

Hürden für Jungunternehmen und Startups senken

Jeder unternehmerische Erfolg beginnt mit einer guten Idee. Mut, Tatkraft und Schaffenskraft sind die treibenden Kräfte einer erfolgreichen Unternehmensgründung. Gleichzeitig müssen die politischen Rahmenbedingungen ein „Willkommen“ ausstrahlen: Gründerinnen und Gründer müssen Nordrhein-Westfalen als Standort mit Anziehungs- und Unterstützungskraft wahrnehmen. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, finanzielle Risiken und bürokratische Hürden zu senken und ein Gründer-Stipendium auf den Weg zu bringen.

→ [Matheisen: NRW-Koalition schafft Willkommenskultur für gute Ideen](#)



NRW-Koalition schafft Klarheit für Schüler, Eltern und Lehrer

© MSB/ Susanne Klömpges

Bürokratie wird kleiner, die Chancen größer

Mit den Stimmen von FDP und CDU hat der Landtag das „Entfesselungspaket I“ beschlossen. Die Änderungen beim Ladenöffnungsgesetz und Tariftreue- und Vergabegesetz sowie die Abschaffung der „Hygiene-Ampel“ sind wegweisend für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Künftig sind für den stationären Handel acht verkaufsoffene Sonntage pro Verkaufsstelle möglich. In einer Kommune dürfen insgesamt 16 statt bisher elf Sonntage freigegeben werden. Damit schafft die Nordrhein-Westfalen-Koalition den rechtssicheren und praktikablen gesetzlichen Rahmen für Kommunen, Einzelhandel und Beschäftigte. Bislang müssen Kommunen zusätzliche Ladenöffnungen mit dem Anlass von Volksfesten oder Großveranstaltungen begründen. Gerichte hatten in der Vergangenheit zahlreiche Ratsbeschlüsse für verkaufsoffene Sonntage gekippt, weil nach ihrer Auffassung ein entsprechender Anlass dafür fehlte.

Aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz werden vergabefremde Kriterien gestrichen. Künftig werden hier nur noch die Tariftreue und der Mindestlohn enthalten sein – alle anderen Kriterien werden über das allgemeine Vergaberecht berücksichtigt.

Die umstrittene rot-grüne „Hygiene-Ampel“ wird abgeschafft. Sie hat dem Anliegen der Hygienesicherung nicht gedient, sondern vor allem die Gastronomie sowie das Metzger- und Bäckerhandwerk belastet.

→ [Bombis: Wirtschaftliche Fesseln durchschlagen, Chancen schaffen](#)

Der Landtag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium beraten. Die Nordrhein-Westfalen-Koalition aus FDP und CDU zieht damit einen Schlußstrich unter die jahrelange, oft emotionale Debatte zur Dauer um die Schulzeit an den Gymnasien im Land. Der nun vorgelegte Gesetzentwurf sorgt für Klarheit für Schüler, Eltern und Lehrer. Außerdem bietet er den Gymnasien umfassende Entscheidungsfreiheit. Die Schulkonferenzen der Schulen in öffentlicher Trägerschaft haben nun einmalig zum Schuljahresbeginn 2018/2019 die Möglichkeit, mit mehr als zwei Dritteln ihrer Mitglieder zu entscheiden, beim verkürzten Bildungsgang G8 zu verbleiben. Mit dem Gesetz werden zudem die Möglichkeiten des einzelnen Schülers zum Überspringen einer Stufe geregelt, dabei wird auch die Möglichkeit des Springens in Gruppen geschaffen.

→ [Müller-Rech: G9-Gesetz bringt Ruhe in die Gymnasien](#)

Berufliche Bildung und Hochschulfreiheit

Ausbildung sicherstellen, Arbeitsplätze schaffen, Beschäftigte weiterbilden

Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, vor fehlenden Perspektiven und damit letztlich vor Armut. Ohne Berufsabschluss ist hingegen der Weg in den Transferleistungsbezug oftmals bereits vorgezeichnet. Die Fraktionen von FDP und CDU starten daher die Initiative, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, um jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnet, Arbeitsplätze langfristig zu sichern und Beschäftigte durch Weiterbildung fit für die Zukunft zu machen.

→ [Lenzen: Abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit](#)

Vertrauen in die Hochschulen stärken – Hochschulfreiheit wiederherstellen

Hochschulen sollen wieder von unnötiger Bevormundung befreit werden. Dazu gehört, die Fragen der inneren Organisation der Hochschule und der Lehre in die Verantwortung der einzelnen Hochschulen zu legen. FDP und CDU wollen die innovativen Potentiale der Hochschulen stärker heben, damit NRW zum Hochschulstandort Nummer 1 wird.

→ [Körner: Befreiungsschlag für unsere Hochschulen](#)

NRW-Koalition stärkt Bürgerrechte

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Landtag das Gesetz zur Einführung einer Individualverfassungsbeschwerde beraten. Bürgerinnen und Bürger sollen zukünftig den Verfassungsgerichtshof anrufen können, wenn sie sich durch die öffentliche Gewalt des Landes in einem ihrer in der Landesverfassung garantierten Rechte verletzt sehen. Der Gesetzentwurf enthält einen Filtermechanismus auf relevante Fälle. Damit wird sichergestellt, dass der Verfassungsgerichtshof die zusätzlichen Verfahren zügig und effektiv bearbeiten kann. Schon im Zuge der Verfassungsreformkommission 2016 haben sich die Freien Demokraten für die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde eingesetzt. Die Initiative war an den damaligen Mehrheitsverhältnissen gescheitert.

→ [Gesetzentwurf: Individualverfassungsbeschwerde](#)